

Betriebliche Unfallanzeigen

Verantwortlicher:

Freistaat Sachsen, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst,
vertreten durch den Staatsbetrieb Sächsische Staatstheater –
Staatsoper Dresden und Staatsschauspiel Dresden, Theaterplatz 2, 01067 Dresden,
diese vertreten durch die Geschäftsführung

Datenschutzbeauftragter:

Ingo Krause
DS-Beauftragter@saechsische-staatstheater.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Um Unfälle ordnungsgemäß erfassen zu können, ist die Erstellung von Unfallanzeigen erforderlich. Nach der Erstellung einer solchen durch den Verunfallten respektive seinen Abteilungsleiter, erfolgt die Weiterleitung an die Personalabteilung und von dort zur Kenntnis an den Personalrat (öPR) und den Sicherheitsbeauftragten (zur Erstellung einer anonymisierten betrieblichen Unfallstatistik).

Ggf. bedarf es der Weiterleitung von Informationen an die Unfallversicherung/-kasse.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (7. Sozialgesetzbuch) gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO erforderlich.

Kategorien von Empfängern:

Personalabteilung, Unfallversicherung/-kasse,
ggf. Personalrat, Sicherheitsbeauftragter, Zeugen, Notarzt, Polizei

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Als öffentliche Stelle des Freistaates Sachsens sind wir verpflichtet, alle Unterlagen dem Sächsischen Staatsarchiv anzubieten und bewerten zu lassen. Erst nach einer negativen Bewertung über die Archivwürdigkeit ist eine Löschung von personenbezogenen Daten möglich. Hingegen Unterlagen, die vom Sächsischen Staatsarchiv als archivwürdig bewertet wurden, nicht gelöscht werden können. Wir verweisen auf §7 Sächsisches Datenschutzdurchführungsgesetz sowie § 5 und § 6 Sächsisches Archivgesetz.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DSGVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DSGVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die betroffene Person ist nicht verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Es kann keine Unfallmeldung erfolgen.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.